Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 42 (1948)
Heft: 10

Artikel: Südostasien
Autor: Furrer-Proud, Millicent
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139129

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ausnahme die Beobachtung gemacht, daß weiße Kinder mit schwarzen spielen, ohne den verschiedenen Hautfarben eine größere Beachtung zu schenken wie der verschiedenen Kleiderfarbe. Erst wenn die Mutter dem Kind sagt: «Laß das Spielen mit dem schmutzigen Negerbuben!» dann entdeckt es, daß die Hände seines Gespielen schwarz sind, und Widerwillen zieht in sein Herz ein.

Es gibt zwei Gruppen unter den Verfechtern der Negerrechte:

1. die Geduldigen, die predigen, daß sich die Bekehrung der Herzen nicht erzwingen läßt, daß man sie «wachsen» lassen müsse, und daß Draufgängertum die Sache nur schlimmer mache;

2. die Ungeduldigen. Sie sagen: «Wir müssen ein Ende machen mit diesem Schandfleck an unserer Kultur, der uns in der ganzen Welt zu Heuchlern stempelt! Unsere schwarzen Brüder haben mit uns gegen Hitlers Rassenwahn gestritten und gelitten. Und nun sollen wir dulden, daß sie unter unserem Rassenwahn weiter leiden? Nein! Uns ist der Glaube an das ‚Wachsenlassen' vergangen!» Wie ihre Vorgänger, die Abolitionisten vor hundert Jahren, stürmen diese Unentwegten vor, die morschen Ketten der Dummheit und Bosheit zu sprengen, «der Freiheit eine Gasse» zu brechen, nicht ihr Leben schonend, noch die Sauberkeit ihrer Kleider, die heute wie damals mit dem stinkenden Inhalt fauler Vorurteile beworfen werden. Und wenn es auch wahr sein mag, daß es Fälle gibt, wo Geduld und Zuwarten nützlich sind, so sind es doch allein die nach Gerechtigkeit Dürstenden, *die nicht warten können*, die je und je die Menschheit einen kleinen Schritt vorwärts stoßen hin zu dem Ziel eines Reiches der Gerechtigkeit auf dieser Erde.

Alice Herz.

Folgende Werke wurden als Quellen benutzt: The History of the United States by Allen Nevins, A Social History of the American Negro by Benjamin Brawley, A Nation of Nations by Louis Adamic, The American Dilemma by Gunnar Myrdal.

Südostasien

An der letzten Versammlung der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten in Genf sagte der australische Außenminister, Dr. Evatt: «Die Tiefen von Armut und Leiden, die das gewohnte Los der Männer, Frauen und Kinder Asiens sind, kann man sich schwer vorstellen. Die Vereinigten Nationen können das Fortbestehen eines solch tiefen Lebensstandards nicht dulden, denn die Charta macht ihnen den Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheit zur Pflicht».

Dr. Evatt appellierte an die Vereinigten Nationen, weil ihm klar ist, daß die Existenzbedingungen in Südostasien — in Asien überhaupt — nicht auf ihrem heutigen tiefen Niveau bleiben dürfen. Sein neuseeländischer Kollege unterstützte ihn mit den Worten: «Solange die

durchschnittliche Lebensdauer in Asien 27 Jahre beträgt, gegenüber mehr als 60 Jahren in Neuseeland und Australien, solange ist der Friede in Gefahr.»

Solche Feststellungen müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir lesen, was unsere Zeitungen heute an Nachrichten aus Südostasien veröffentlichen. Obwohl die Vorgänge in Indien, China und Indonesien Teile eines und desselben Unabhängigkeitskampfes sind, sollen hier die beiden Länder näher betrachtet werden, die vor dem Kriege dem britischen Reich als Kolonien angehörten. Eines von ihnen, Burma, hat heute seine Unabhängigkeit errungen, während sich die Einwohner Malayas fragen mögen, warum sie wohl im Wettlauf um die Freiheit so weit hinter Burma und Ceylon zurückgeblieben sind.

In Burma sowohl wie auf der Malayischen Halbinsel hinterließ der Fall von Singapur einen nachhaltigen Eindruck. Die Europäer waren also nicht die unbesiegbare Rasse, für die sie gehalten worden waren. Die Burmesen und Malayen hatten zwar dem Kampf größtenteils als Zuschauer beigewohnt, sie fanden aber die japanische Herrschaft nicht leichter zu ertragen als die britische. Als die Briten nach dem Krieg die beiden Länder wieder eroberten, waren die eingeborenen Führer fester als je entschlossen, ihre politische Unabhängigkeit zu erkämpfen. Um das so ungleiche Ergebnis in Burma und Malaya zu verstehen, müssen wir uns die Unterschiede in den beiden Ländern und ihre Geschichte vergegenwärtigen.

Burma

Burma war von den Briten in drei Vorstößen, die auf die Jahre 1824, 1852 und 1866 fielen, erobert worden. Fünfzig Jahre lang wurde es als ein Teil von Indien verwaltet, obwohl es seiner Überlieferung und Kultur nach nicht zu Indien gehört und vor der Eroberung durch die Briten über tausend Jahre keinen Kontakt mit jenem Land gehabt hatte. Erst 1937 erfolgte die verwaltungstechnische Trennung Burmas von Indien. Am Anfang des Krieges begab sich einer der Führer der Burmesen, der damalige Premierminister U. Saw, nach England, um von der konservativen Regierung als Entgelt für die Zusammenarbeit mit Großbritannien das Versprechen des Dominionstatuts für Burma zu erlangen. Sein Vorschlag wurde verächtlich abgewiesen. Als der Krieg und die japanische Herrschaft zu Ende waren, wünschten die Briten, daß der antifaschistische burmesische Volksbund für Unabhängigkeit sich in der provisorischen Regierung Burmas (unter britischer Kontrolle) vertreten lasse. Die burmesischen Führer weigerten sich, dies zu tun, sie verlangten, selbst über die Geschicke ihres Landes zu bestimmen. Besprechungen mit der Londoner Regierung ergaben im Januar 1947 ein Übereinkommen, wonach die Briten sich bereit fanden, die provisorische Regierung Burmas als Dominionregierung anzuerkennen, was in sich schloß, daß Burma — wie jedes andere Dominion — das Recht hatte, sich völlig vom Britischen Reich zu trennen.

So erklärte sich Burma als unabhängige souveräne Republik und ging unter dem Namen «Union von Burma» seinen eigenen Weg. Von der Gesamtbevölkerung von 17 Millionen sind 12 Millionen Burmesen; bedeutende Minderheitsgruppen sind die Karens, Shans, Chins, Kachins, neben mehr als einer Million Indern und etwa einer Viertelmillion Chinesen.

Noch vor dem Unabhängigkeitstag war jedoch der junge und beliebte Premierminister General Aung San ermordet worden, und Thakin Nu, ein tiefreligiöser Buddhist, der sich mehr für Literatur als für das Regieren interessierte, war an seine Stelle getreten. Er hat seither erklärt, er sei entschlossen, das Nationalisierungs- und Sozialisierungsprogramm der Regierung durchzuführen. (Die Bergwerke sind nationalisiert, auch aller Grund und Boden soll an den Staat übergehen.) Thakin Nu erklärt, der wirtschaftliche Aufbau Burmas sei von ausländischen Kapitalinvestitionen abhängig. Seine kommunistischen Kritiker werfen ihm vor, er arbeite zu eng mit britischen Kapitalisten zusammen. Doch erklärt der Außenminister Burmas, sein Land denke keineswegs daran, «sich dem Kommunismus zuzuwenden». Er gab immerhin zu, daß der sozialistische Staat, dessen Aufbau sich der Premierminister zum Ziel gesetzt habe, kaum sehr verschieden sein dürfte vom marxistischen Ideal einer klassenlosen Gesellschaft.

Die Regierung von Burma muß sich demnach mit der Opposition der britischen Kapitalisten befassen, die für ihren nationalisierten Besitz phantastische Forderungen geltend machen, anderseits führt sie den Kampf gegen die einheimischen Kommunisten, die nicht dulden wollen, daß ausländisches Kapital und ausländische Spezialisten für die Entwicklung der Wirtschaft zugezogen werden. Nach der «Tribune» verweist die kommunistische Propaganda auf das russische «Beispiel» als Beweis, daß die Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung ohne Fremdkapital möglich ist. «Von den grauenhaften Opfern an Menschenleben, die das russische Experiment erheischte, ist allerdings in Asien noch weniger bekannt als in Europa, doch ist denkbar, daß auch solche Opfer in einem Land, wo Tyrannei, äußerste Armut und demütigende Rassenherrschaft immer an der Tagesordnung waren, nicht viel Eindruck machen.»

Seit Anfang dieses Jahres führt die Regierung einen energischen Kampf gegen den Kommunismus, aber die Massenverhaftungen scheinen die Zahl der Sympathisanten nur zu vermehren. Die Kommunisten halten eine starke Position in Zentralburma. Inwieweit die Regierung in ihren militärischen Operationen von Ausländern unterstützt wird, ist nicht festzustellen. Nach dem «New Statesman» (25. Oktober 1947) ist immerhin die Ausbildung der burmesischen Land-, See- und Luftstreitkräfte in den Händen der Briten, wie denn die Regierung auch nicht zu wünschen scheint, eine Lücke im Verteidigungssystem des britischen Commonwealth entstehen zu lassen.

Wie man sieht, befindet sich die burmesische Regierung in einer schlimmen Zwangslage. Sie möchte sowohl mit Rußland wie mit den Westmächten zusammenarbeiten, sie würde gerne «russische Ideen verwirklichen», wie Thakin Nu sich ausdrückte, zugleich aber vom Westen Kapital, technische Spezialisten und Verwaltungsleute heranziehen. Wie die «Tribune» voraussagte (Juni 1948), hat sich diese Politik des Fünfer und Weggli als nicht durchführbar erwiesen, die Regierung hat sich nun offenbar doch für die Hilfe aus dem Westen entschlossen. Wie weit es möglich sein wird, das Land unter Wahrung der Interessen ausländischer Aktionäre aus seiner jetzigen Rückständigkeit herauszuführen, bleibt abzuwarten. Die Kommunisten jedenfalls bezeichnen die gegenwärtige Lage Burmas als «Schein-Unabhängigkeit» und Thakin Nu als «Vertreter der Großgrundbesitzer und Kapitalisten».

Malaya

Die Halbinsel Malaya wird in den politischen, wirtschaftlichen und rassischen Rivalitäten der Mächte aller Wahrscheinlichkeit nach eine bedeutende Rolle spielen, ist sie doch eines der profitabelsten Gebiete für das anlagesuchende Kapital.

Da auch heute noch zwei Drittel des Landes Sumpf und Dschungel sind, produziert Malaya nicht so viel Reis wie das landwirtschaftliche Burma. Es muß sogar zwei Drittel seines Reisbedarfs (Hauptnahrungsmittel) einführen. Gummi, dessen Kultur erst 1877 von London eingeführt wurde, und Zinn sind die Hauptprodukte des Landes. 1938 war die Hälfte der Welt-Gummiproduktion und ein Drittel der gesamten Zinnproduktion malayischer Herkunft.

Es würde schwer halten, ein Gebiet dieses Umfangs (etwa die Bodenfläche von England ohne Wales) zu finden, das eine ähnliche Mannigfaltigkeit an Rassen, Sprachen, Religionen, Zivilisationen und Regierungen aufwiese wie Malaya. Von fünf bis sechs Millionen Einwohnern sind 2,3 Millionen Malayen, 2,4 Millionen Chinesen, 750 000 Inder und 32 000 Europäer, und doch bestand, wenigstens vor dem Krieg, kaum irgendwelche Rassenanimosität.

Als die Briten im Oktober 1945 zurückkehrten, fanden sie eine Widerstandsgruppe von 3500 Malayen und ungefähr ebensovielen Reserven, die sich in der antijapanischen, malayischen Volkspartei eine politische Organisation geschaffen hatten. Sie waren von Lord Mountbatten, dem Befehlshaber von Südostasien, aus der Luft mit Waffen versorgt worden, eine Tat, für die Mountbatten noch heute in allen Europäerklubs von Malaya heruntergemacht wird. Als sich die Japaner eiligst zurückzogen, wußte der eintreffende britische Gouverneur nicht, sollte er die Guerillas ins Gefängnis stecken oder in den Regierungspalast einladen. Er steckte sie nicht ins Gefängnis, man verstand es aber sonst, die Bevölkerung gegen sich aufzubringen. Die Briten schlossen zum Beispiel die zehn malayischen Staaten zum Protektorat

der Malayischen Union zusammen, ließen aber Singapur außerhalb der Union, was eine ebenso unmögliche Maßnahme ist, als wollte man London von Großbritannien trennen. Dadurch wurden die Chinesen in der Malayischen Union in die Minderheit versetzt, obschon sie in Singapur 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen. (Der Großteil der malayischen Produktion wird über Singapur ausgeführt.) Auch sonst wurden die Interessen der Chinesen vernachlässigt. Dabei sind sie wirtschaftlich tüchtiger, fleißiger und im Verkehr mit den Weißen westlichen Ideen eher zugänglich als die Malayen.

Überdies wurden dem Land trotz seiner kleinen Bevölkerung zwei Gouverneure aufgezwungen, wovon einer für die Malayische Union, der andere für Singapur zuständig ist. Schließlich kam dazu noch ein Generalgouverneur für beide zusammen und Britisch Nord-Borneo.

Der «New Statesman» (19. Juni 1948) weist auf noch schwerwiegendere Fehler hin. «Nachdem wir die malayische Bevölkerung ermuntert haben, Gewerkschaften aufzubauen, konstatieren wir, daß sie imstande sind, mit deren Hilfe um bessere Lebensbedingungen zu kämpfen, und wenn die Arbeiter dies tun und Unruhen ausbrechen, schießen wir sie nieder.»

Dabei gab es Gründe genug für Streiks. Gummizapfer auf den Plantagen verdienten vor dem Krieg 1 Shilling 2 Pence per Tag, heute 3 Shilling 4 Pence, aber Reis, ihre Hauptnahrung, kostet heute achtmal mehr als vor dem Krieg. Auch aus dem offiziellen Bericht der Regierung, der nach dem Streik erstattet wurde, ergibt sich, daß die sanitarischen Verhältnisse im Hafengebiet ungenügend sind (Mangel an Latrinen, Waschgelegenheiten, Trinkwasser, ein Wasserhahn für hundert Personen, undichte Dächer).

Nach dem «New Statesman» (24. Juli) stellten die Kommunisten Anfang Mai gewisse Forderungen an die Plantagenbesitzer, an die Direktion der Zinnbergwerke und die Hafenbehörden. Sie forderten höhere Löhne, Garantien, daß Arbeiter nur mit Zustimmung der Gewerkschaft entlassen würden, daß ferner Pflanzer und Unternehmer, die den Gewerkschaften nicht paßten, entlassen werden sollten. Die Arbeitgeber leisteten Widerstand, worauf Gewalttätigkeiten vorkamen. Die Arbeiter auf einer Plantage übernahmen den Betrieb selbst und führten ihn kollektiv. Polizei und Truppen wurden aufgeboten. Es ist vielleicht gut, an dieser Stelle die Darstellung eines britischen, in Singapur wohnenden Korrespondenten des «New Statesman» zu geben. «Den Polizeimannschaften wurde ein so feindseliger Empfang zuteil, daß sie wieder abziehen mußten. Am nächsten Tag erschienen von neuem hundert Polizisten mit einem Regierungsbeamten an der Spitze. 150 bis 200 Arbeiter, die mit Spatenstielen, selbstgemachten Speeren und Äxten bewaffnet waren, sammelten sich plötzlich um sie und weigerten sich, auf den Befehl des Beamten auseinanderzugehen, sie ließen drohende Zurufe hören. Die Polizei ging vor, und ihre Knüp-

pel töteten acht Arbeiter. Kein Polizist wurde verletzt. An der darauffolgenden Untersuchung stellte sich heraus, daß die Polizei «nicht wußte, wie wenig Kraft es brauchte, um einen Eingeborenen mit dem Knüppel zu erschlagen». Der Hochkommissar, Sir Edward Gent, der für menschliche Maßnahmen eingetreten war und eine Einkommenssteuer befürwortete, um mit deren Hilfe die Lebensbedingungen in Malaya zu verbessern, wurde zur großen Freude der Bergwerks- und Pflanzerkreise, wie auch der Armee und des Generalgouverneurs, abberufen. Bevor er einen offiziellen Bericht einreichen konnte, kam er in einem Flugzeugunglück bei London ums Leben.

Kurz nach diesen Ereignissen begann der offene Krieg. Englische Spitfires griffen an, der Generalgouverneur, Malcolm MacDonald (der Sohn des ehemaligen britischen Labour-Premiers), gab in einer Proklamation bekannt, die Mörder, die europäische Pflanzer und chinesische Unternehmer umgebracht hätten, müßten ausgerottet werden. Die Gewerkschaften wurden verboten, und ihre Büros standen verlassen. Tausend Arbeiter wurden verhaftet, britische, im Dschungelkrieg erfahrene Truppen, wurden gelandet, die Flotte patrouillierte der Küste entlang und die Armee an der siamesischen Grenze. Amerika schickte Waffen an die amerikanischen Plantagenbesitzer, Australien lieferte Waffen auf dem Luftwege, da die Seeleute sie nicht verladen wollten. (Übrigens hat Australien seither seine Politik der Nichteinmischung in die verworrenen Verhältnisse Malayas bekanntgegeben). Wieviel Blutvergießen wird dieses kleine Land erleben müssen, bis ihm Gerechtigkeit widerfährt! «Es ist nicht zu erwarten», wie eine Fabierbroschüre von 1946 erklärt, «daß die von der Atlantik-Charta geweckten und vom Regierungsantritt Labours in England gestärkten Hoffnungen sich zufriedengeben werden mit Verfassungen, die von oben auferlegt werden, Verfassungen, nach denen die meisten Regierungsmitglieder noch immer von der Kolonialmacht ernannt würden, und Selbstregierung nur als Ziel einer vagen Zukunft erwähnt wird.»

Die Arbeiterpartei Englands, von der die Kolonialvölker so viel erwarteten, schickt nun Waffen statt Maschinen, die Verwaltung läßt die Leute im Gefängnis verschwinden, ohne einen Grund anzugeben, die britische Presse ist voll Nachrichten über die «rote» Gefahr und die Herrschaft der Terroristen.

Die Labourregierung Englands ist in einem Dilemma: für den Wiederaufbau sind Dollars unerläßlich, und diese Länder Südostasiens gehören zu den Gebieten, die am meisten Dollars einbringen, und doch sollten die Ansprüche der hungernden Eingeborenen stärker zählen als die Interessen der europäischen Kaufleute und Konsumenten.

Ein weiteres Argument für die britische Labourregierung neben den Dollars ist die strategische Bedeutung dieser Länder. Burma — ein Gebiet von der Größe Deutschlands mit 17 Millionen Einwohnern — liegt eingekeilt zwischen zwei stark übervölkerten Ländern, Indien und

China. (Burmastraße im zweiten Weltkrieg!) Malaya liegt am Eingang zum Pazifik. Für diese strategischen Probleme gibt es nur eine Lösung — ein Weltsicherheitssystem.

Welche Rolle spielt wohl Rußland? Bevin behauptet, es bestehe ein genauer Kominformplan für Südostasien, während der «New Statesman» (26. Juni) keine Beweise dafür sieht, obwohl er zugibt, daß die kommunistische Propaganda es leicht hat, aus den alten Fehlern der westlichen Imperialismen Kapital zu schlagen. «Rußland versteht es, in seinen Radiosendungen den Kolonialvölkern Hoffnung und Glauben zu geben, während der Westen, der noch immer an Ort und Stelle durch seine Geschäftsleute vertreten wird, allzuoft nur in Dollars zu denken und weitere Beherrschung zu planen scheint.»

Es ist bedrückend, feststellen zu müssen, daß ein Labourblatt wie die «Tribune», die im Juni einen objektiven Bericht der Schwierigkeiten in Südostasien zu geben sich bemühte, im September andeutet, daß die Politik des «My country, right or wrong» doch etwas für sich haben könnte, vor allem, wenn das Land schlimme Zeiten durchmacht. Es ist aber nicht eine Frage von «My country, right or wrong», «My continent, right or wrong», sondern es handelt sich darum, wie Evatt hervorhob, den Völkern Südostasiens zu helfen, die in der Verteilung der Güter der Erde bis jetzt so schlecht wegkamen, daß ihre Kindersterblichkeit 150 bis 250 pro Tausend beträgt, während das benachbarte Australien nur eine solche von 40 pro Tausend kennt.

Wie sehr diese Völker benachteiligt sind, geht unter anderem daraus hervor, daß an der Versammlung der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten kein anderer Asiate außer dem Vertreter Chinas anwesend war.

Wir haben die Wahl, den Völkern Asiens zu helfen oder sie mit Gewalt darniederzuhalten, wenn sie versuchen, sich einige der Rechte zu sichern, die wir für uns Europäer als unabdingbar betrachten. Der Christ kann nicht im Zweifel sein, welche Stellung er einzunehmen hat. Die Hebung des Lebensstandards der rückständigen, benachteiligten Völker ist heute die vornehmste Aufgabe der Weißen.

Millicent Furrer-Proud.

Weltrundschau

Und wieder Kriegsstimmung! Was wir bereits in einem Nachsatz zur Septemberrundschau feststellten, daß sich nämlich die Aussicht auf einen befriedigenden Ausgang der in Moskau und Berlin geführten *Verhandlungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion* neuerdings verdüstere, hat sich in der Berichtszeit nur allzu sehr bestätigt. Diese Verhand-